

„Neuorientierung der böhmischen Politik.“

Prag, 8. Oktober. In einem zweiten Artikel „Neuorientierung der böhmischen Politik“ schreibt die „Union“:

Heute genügt wohl die Feststellung, daß wir die Notwendigkeit eines Einverständnisses mit unsern Deutschen vollkommen einsehen und zugeben, daß es in unserm ureigensten Interesse liegt, einen Frieden mit den Deutschen zu schließen, mit ihnen in Frieden zu leben und unser Verhältnis zu den Deutschen überhaupt ernsthaft zu regeln. Daß es beiderseitige Opfer kosten wird und muß, ist mehr als evident. Sicher ist aber, daß uns und sicherlich auch die Deutschen in Oesterreich der Krieg den Friedensbestrebungen im Lande näher bringt. Mehr als alles andre und frühere hat der Krieg dargetan, wie wir Böhmen auf die Deutschen und die Deutschen auf uns angewiesen sind. Sie haben gewiß das gleich hohe Interesse an der Erhaltung und weiteren Machtentfaltung des Staates wie wir und alle andern Völker der Monarchie. Die großen Probleme, denen wir nach dem einmal überstandenen Krieg gegenüberstehen werden, sind eine Mahnung an uns alle.

Die Monarchie, wenn sie die Früchte dieses kaum geahnten Ringens genießen soll, muß innerlich aus einem Guß bestehen und sich ganz den großen Fragen widmen, die fürderhin zu beantworten sein werden. Veraltete Rechthaberei wäre auf beiden Seiten gleich unangebracht und verhängnisvoll. Der Friedensschluß im gewaltigsten aller Kriege wird auch einen tiefen Strich unter unsere gesamte innere Politik ziehen, auch unter unsre heimischen Streitfragen. Unter dem niederschmetternd mächtigen Eindrucke des Krieges müssen und werden kleinliche Eifersüchteleien verschwinden und es wird eine Formel gefunden werden müssen, die unter beiderseitiges Verhältnis rasch und dauernd, gerecht und ehrenvoll regelt. Es kann nicht bezweifelt werden, daß die durch die Kriegsergebnisse einerseits, durch die unbedingte Notwendigkeit der Lösung großer staatlicher Fragen nach dem Kriege, andererseits gehobene Energie der Regierung zu einem bezüglichen Standpunkte auch in der böhmischen Frage führen muß und wird.

Wir und die Deutschen müssen wünschen, daß diese erhöhte Einflusnahme der Verwaltung auf die Ausgleicheung bestehender Differenzen in einer Linie geführt wird, die tatsächlich ein einträchtiges Leben und Wirken beider Nationen ermöglicht und herbeiführt. Die vielen Ausgleichsversuche der letzten zehn Jahre haben den strittigen Boden so eingeengt, daß rücksichtsvolle Entscheidungen und Lösungen oft nebensächlicher Detailfragen das Gelingen der ganzen Aktion ermöglichen können. Nach den großen und vielfachen Vorarbeiten kann es nicht mehr schwer fallen, auf eine mittlere Linie zu gelangen, die beide Parteien zufrieden macht. Losgelöst von allen parlamentarischen und taktischen Nebeninteressen des täglichen politischen Lebens, nur von den Gesichtspunkten der Ideale und Lebensinteressen des Staates und beider Nationen in Böhmen, wird auch die Lösung der böhmischen Frage leichter möglich sein.

Der nächste böhmische Ausgleich, die endliche Regelung der Verwaltungs- und Sprachenfragen in Böhmen, wird nicht und kann nicht unter Rücksichten auf Mandat und Wähler erfolgen. Des hohen Ernstes der Situation bewußt, werden die Vertrauensmänner beider Völker in Böhmen sicherlich bei der Auffindung jener Formel der Regierung behilflich sein und durch eine ganz neue Situation auf allen Gebieten in die Lage versetzt werden, nur das wirkliche Interesse des Landes und des Staates zu berücksichtigen. An dem guten Willen wird es und darf es auf beiden Seiten nicht fehlen. Der große Krieg hat auch unter die bisherige Landespolitik beider Parteien jenen tiefen Strich gezogen und nur sachliche Momente dürfen fürderhin mitsprechen. Dann wird man auch auf beiden Seiten zu Opfern bereit sein und manches wird nach dem Krieg als eine selbstverständliche Notwendigkeit und notwendige Selbstverständlichkeit angesehen werden, was früher für eine empfindliche Niederlage gegolten hätte.